

## Wirtschaft

# Verkehrte Welt: Schweizer zahlen für Reisen weniger als andere Europäer

In der Eurozone ist alles billiger als in der Schweiz? Nein: Bei Ferienreisen trifft derzeit das Gegenteil zu.

Von Artur K. Vogel

Letzten Herbst, als man zeitweise weniger als 1.10 Euro für den Franken bekam, geriet die Reisebranche ins Visier der Konsumentenschützer. Sarah Stalder, Geschäftsführerin der Stiftung für Konsumentenschutz, erklärte im Branchenmagazin «Travel Inside»: Es gehe «einfach nicht, dass das Schweizer Preisniveau für identische Reisen (...) derart hohe Differenzen verglichen mit dem benachbarten Ausland» aufweise. Stalder forderte, «dass Währungsgewinne unverzüglich und flexibel an die Konsumenten weitergegeben werden».

Was sie offenkundig nicht bedachte: Grosse Reiseveranstalter geben Kataloge und Preislisten heraus, die ein halbes Jahr gültig sind. Die Kalkulation der Preise erfolgt nochmals ein paar Monate vorher. Die Wechselkurse müssen also im Extremfall ein Jahr vor Ablaufdatum der Preislisten fixiert und durch Währungskäufe abgesichert werden. Wer im September 2011 (Mittelkurs des Euro: 1.13 Franken) eine Reise in Schweizer Franken buchte, die im Oktober 2010 kalkuliert worden war, als der Euro-Mittelkurs bei 1.35 lag, hatte einen Preisnachteil von rund 20 Prozent.

### Tiefer Euro bringt nun Vorteile

Folge dieser Kursentwicklung war eine markante Abwanderung von Kunden ins Ausland. «In den Köpfen der Konsumenten setzte sich die Idee fest, dass alle Preise in Euro à priori tiefer sind als in Schweizer Franken», bedauert Walter Kunz, Geschäftsführer des Schweizerischen Reisebüro-Verbands.

Das Gegenteil ist heute der Fall. Die Kosten sind ins Rutschen geraten: Letztes Jahr waren Schweizer Konsumenten durch die Währungsschwankungen benachteiligt, nun profitieren sie davon. Reisen in der Sommersaison 2012 wurden im Herbst 2011 kalkuliert, zu Eurokursen um 1.15 Franken. Die Folge: «Gegenüber dem Vorjahr haben wir die Preise um 5 bis 20 Prozent senken können», sagt Prisca Huguenin-dit-Lenoir, Kommunikationschefin von Hotelplan Suisse, dem Branchenweiten. Wer noch die Frühbucherrabatte bis Ende Januar



Ferienarrangements für kommenden Sommer sind in der Schweiz bis zu 32 Prozent billiger als in Deutschland. Foto: iStockphoto

einstreiche, könne richtige Schnäppchen machen. «Die Preise für den Winter 2011/12 sind bis zu 15 Prozent tiefer, jene für den Sommer noch mehr», sagt Martin Wittwer, Chef von TUI Suisse.

Nachdem der Euro auf über 1.20 Franken gestiegen ist, sind Buchungen in der Schweiz plötzlich attraktiv. Bei den meisten grossen Anbietern sind direkte Preisvergleiche mit ausländischen Konkurrenten zwar schwierig. Aber TUI Suisse, Nummer drei der Branche, vertreibt viele identische Produkte wie die deutsche Konzernschwester und kann Preisdifferenzen zu Deutschland deshalb ohne weiteres errechnen. «Die Situation hat sich gewendet», sagt TUI-Chef Wittwer: Die

Preise bei TUI Suisse für Sommer 2012 sind zum gegenwärtigen Kurs bis 32 Prozent tiefer als bei TUI Deutschland.

Konkrete Beispiele: Wer eine Woche im Hotel Napa Plaza in Aya Napa auf Zypern bucht, Abflug Mitte September, bezahlt bei TUI Suisse für zwei Personen inklusive Flug 2246 Franken, bei TUI Deutschland umgerechnet 2525 Franken: 11 Prozent mehr. Gut 3 Prozent günstiger kommt eine Woche im Club Robinson Cala Serena auf Mallorca, 8 Prozent weniger als in Deutschland kosten zwei Wochen für vier Personen im Houda Golf & Beach Club in Tunesien, 17 Prozent weniger eine Woche zu zweit im Hotel Riu Flamingo auf Gran

Canaria. Und wer eine Woche zu zweit im Viersternhotel Pegasos auf Rhodos verbringen möchte, Abflug am 2. Juni, bezahlt in Deutschland umgerechnet 2110 Franken; bei Buchung in der Schweiz spart er volle 32 Prozent.

«2011 nahmen die Buchungen umgekehrt proportional zum Anstieg des Frankens ab», sagt Verbandsdirektor Kunz; die Konsumenten wanderten ab. «Wenn der Franken nur noch ein bisschen hinuntergeht, werden jetzt Deutsche ihre Ferien in der Schweiz buchen statt die Schweizer in Deutschland.» Für Norditalien sei dies bereits der Fall, sagt Prisca Huguenin: «Wir registrieren sehr viele Italiener, die im Tessin buchen.»

## Coop stagniert im Detailhandel

Weil die Preise 2011 gefallen sind, weist der Konzern trotz mehr Umsatz ein kleines Minus aus.

Von Romeo Regenass

Schwieriges Wirtschaftsumfeld, starke Wechselkursveränderungen, schrumpfende Märkte und sinkende Konsumentenstimmung: Coop zählt einen ganzen Strauss von Faktoren auf, die den Handel letztes Jahr negativ beeinflusst haben. Darunter litt in erster Linie der Detailhandel: Der erzielte Umsatz sank nominell um 0,9 Prozent auf 18,4 Milliarden Franken. «Das erfreulicherweise nur leicht schwächere Ergebnis als im Vorjahr hat mit der ausserordentlichen Frankenstärke und mit der in der zweiten Jahreshälfte deutlich schwächeren Konsumentenstimmung zu tun», teilte Coop gestern mit. Hinzu kam, dass die Preise über das ganze Food- und Non Food-Sortiment um 4,2 Prozent fielen. Verhandlungen mit internationalen Markenherstellern hatten 2011 zu zahlreichen Preissenkungen geführt. Coop nahm letztes Jahr Preissenkungen von insgesamt 350 Millionen Franken vor.

Nur weil Treibstoffe und Heizöl teurer wurden, blieb die Minussteuerung mit 2,4 Prozent überschaubar. Der sprunghaft angestiegene Einkaufstourismus habe der Umsatzentwicklung auch stark entgegengewirkt. Was Coop nicht schreibt: Ohne die auch 2011 anhaltende Zuwanderung wäre das Minus weitaus grösser ausgefallen.

Der Gesamtumsatz, der sich aus den Umsätzen des Detailhandels und den Erlösen des Grosshandels zusammensetzt, ist um satte 38,9 Prozent auf 27,8 Milliarden Franken gestiegen. Damit dürfte Coop als Gruppe die Migros überholt haben, die 2010 auf einen Umsatz von gut 25 Milliarden gekommen war. Coops grosser Sprung nach vorn ist darauf zurückzuführen, dass die Transgourmet-Gruppe in der Rechnung 2011 erstmals voll konsolidiert ist. Transgourmet ist im Abhol- und Belieferungsgrosshandel in der Schweiz, Frankreich, Deutschland, Polen, Rumänien und Russland tätig. Sie erreichte mit 108 Cash-&-Carry-Märkten und dem Belieferungsgrosshandel umgerechnet einen Erlös von 8,2 Milliarden Franken. Das entspricht wechselkursbereinigt einem Zuwachs von 5,4 Prozent.

## Glücksspiel, Riesenschulden und gefälschte Unterschriften

Ein Ex-Mitarbeiter hat die Bank Vontobel um 5 Millionen betrogen. Das Geld verzockte er im Kasino und an der Börse. Jetzt wurde er verurteilt.

Von Angela Barandun

War es seine Spielsucht, die den ehemaligen Banker dazu trieb? Keine zwei Monate war der auf die Einhaltung von Regeln (Compliance) spezialisierte Jurist bei der Bank Vontobel angestellt, als er bereits erste Vorbereitungen traf, die Bank um Millionen zu erleichtern. Als Teamleiter in der Vermögensverwaltung mit reichen Osteuropäern war er persönlich für eine PEP zuständig: eine politisch exponierte Person. Also einen reichen Politiker, für den in puncto Geldwäscherei strengere Auflagen gelten. Im Namen dieses reichen Osteuropäers gelang es ihm, von der Bank Millionenkredite zu ergaunern.

Dazu gründete der heute 45-jährige Familienvater Ende 2007 eine Firma mit Sitz auf den Virgin Islands, die er als Anlagevehikel der osteuropäischen PEP ausgab. Als Sicherheit für den Kredit bot er der Bank die liechtensteinische Familienstiftung der PEP an. Anfang März 2008 bewilligte ihm die Bank die beantragten 2 Millionen.

Davon war bereits Ende Juni nichts mehr übrig. Mit 260 000 Franken zahlte er zunächst Schulden und zockte im Kasino. Den grossen Rest verlor er durch «ungewöhnlich verlustreiche» Spekulationen an der Börse, so die Anklageschrift. Noch im gleichen Monat beantragte er bei der Bank Vontobel neues

Geld. Tage später stockte diese den Kredit auf 5 Millionen auf. Bis Mitte September steckte er erneut 600 000 Franken in die Begleichung von Schulden und ins Glücksspiel. Die restlichen 2,4 Millionen verlor er bis Ende Jahr durch «ausschliesslich Verluste generierende» spekulative Geschäfte. Kurz vor Weihnachten, am 18. Dezember 2008, wurde der Jurist von Vontobel freigestellt.

### Teilbedingte Freiheitsstrafe

Gestern verurteilte ihn das Zürcher Bezirksgericht wegen Betrugs und Urkundenfälschung zu einer teilbedingten Freiheitsstrafe von 30 Monaten, 6 davon muss er absitzen. Zudem muss er der Bank die Gerichtskosten und den Kredit über 5 Millionen zurückzahlen. Inklusiv 5 Prozent Zins schuldet er der Bank damit aktuell 6 Millionen Franken. Damit der Schuldenberg nicht weiter wächst, müsste er allein dieses Jahr 300 000 Franken Zinsen abstopfen. Heute verdient der zweifache Vater als Rechenlehrer und juristischer Berater rund 5000 Franken pro Monat. Schulden abzuzahlen, sagt er, sei derzeit unmöglich.

Urteil und Strafe waren unbestritten. Das Gericht merkte aber an, das Strafmass sei in Anbetracht der Deliktsumme und der Stellung des Angeklagten eher milde ausgefallen - selbst wenn man das Geständnis des Angeklagten und dessen Spielsucht berücksichtige. «Sie sind mit einem blauen Auge davongekommen», sagte der Gerichtsvorsteher. Milde sei insbesondere, dass der Ex-Banker die unbedingte Haftstrafe in Halbgefängenschaft verbüssen könne. Er sei vom Leben bereits genug bestraft: «Sie sind tief gefallen. Vom angesehenen Jurist bei der Bank zu dem, was Sie heute sind.»

## Otto Ineichen fordert Kehrtwende beim Solarstrom

Investitionsbeiträge für erneuerbare Energien sollen die kostendeckende Einspeisevergütung (KEV) ersetzen, fordert der FDP-Nationalrat.

Von Hans Galli

Der Bund fördert erneuerbare Energien seit drei Jahren mit der kostendeckenden Einspeisevergütung (KEV). Das System sei kompliziert und ineffizient, schreibt der Luzerner FDP-Nationalrat Otto Ineichen. Statt den Strom aus erneuerbaren Energien während 25 Jahren mit der KEV zu verbilligen, soll der Bund künftig einen einmaligen Investitionsbeitrag leisten, schlägt Ineichen in einer parlamentarischen Interpellation vor.

Mit dieser Massnahme könnte ein grosser Teil der heute aus finanziellen Gründen blockierten 13 000 Solarstromprojekte rasch realisiert werden. Ein Bundesbeitrag von 5 bis 10 Prozent der Anlagekosten genüge als Anreiz, damit viele Hausbesitzer Solarzellen auf ihren Häusern montierten, ist Ineichen überzeugt. Im vergangenen Jahr sei dies leider nur bei 4 Prozent der Neubauten statt der angestrebten 50 Prozent der Fall gewesen. Der Systemwechsel solle schon per 1. Januar 2013 stattfinden.

Der Vorschlag sei prüfenswert, sagt Geri Müller, Präsident der Schweizerischen Energiestiftung (SES) und Nationalrat der Grünen Partei aus dem Kanton Aargau. Die Interpellation gebe dem Bundesrat Gelegenheit, die Vor- und Nachteile eines Systemwechsels in einem Bericht darzulegen. Wenig begeistert zeigt sich dagegen Roger Nordmann,

Waadtländer SP-Nationalrat und Präsident des Sonnenenergieverbandes Swissolar: Es wäre falsch, jetzt wieder Mittel aus der allgemeinen Bundeskasse für die Förderung der erneuerbaren Energien einzusetzen, wie man dies früher getan habe, sagt er. Die Finanzierung der KEV sei über die Abgabe auf jeder verbrauchten Kilowattstunde Strom gesichert. Das System funktioniere sogar besser als prognostiziert: Dank des unerwartet raschen technischen Fortschritts könne Solarstrom immer günstiger produziert werden. Dadurch sei der Bund in der Lage, die KEV-Beiträge schneller herabzusetzen als geplant. Die Mittel würden somit in Zukunft für mehr Projekte als heute reichen.

### Zähler, die auch abziehen

In einem Punkt stimmen Ineichen und Nordmann überein: Inhaber von kleinen Fotovoltaikanlagen sollen künftig dank intelligenten Stromzählern vom Nettoprinzip (im Fachjargon Net Metering) profitieren: Wenn die Anlage Solarstrom ins öffentliche Netz einspeist, dreht der Stromzähler in die eine Richtung, sobald der Haushalt Strom aus dem Netz bezieht, in die andere Richtung. Ende des Monats wird die Differenz zwischen Hausbesitzer und Elektrizitätswerk finanziell ausgeglichen. Das System funktioniert allerdings nur, wenn der gleiche Preis für den Netzstrom und den Solarstrom gilt.

Das Bundesamt für Energie will sich im jetzigen Zeitpunkt nicht zu Ineichens Forderungen äussern. Es prüfe eine Reihe von Modellen für das künftige Energiesystem, hiess es gestern. Der Bundesrat werde seine Schlussfolgerungen im Frühjahr veröffentlichen.

## SBB beschaffen keine Neigezüge für Neat

Die SBB kaufen für den internationalen Nord-Süd-Verkehr über die künftige Neue Eisenbahn-Alpentransversale (Neat) keine Neigezüge. Stattdessen wird Ende dieses Quartals ein Auftrag für 29 konventionelle und einstöckige Triebzüge für hohes Tempo ausgeschrieben. Zurzeit würden die Eckwerte der Ausschreibung definiert, bestätigte SBB-Kommunikationschef Daniel Bach einen Bericht der «Neuen Zürcher Zeitung».

Den Ausschlag für den Verwaltungsratsentscheid vom November haben laut Bach zwei Faktoren gegeben: Zum einen wäre der Zeitgewinn durch Neigezüge im grenzüberschreitenden Nord-Süd-Verkehr wegen fehlender Ausbauten an den Zufahrtsstrecken nur marginal. Die anvisierte Fahrzeit von 2 Stunden und 40 Minuten von Zürich nach Mailand lässt sich deswegen ohnehin nicht realisieren. Die vom Bund vorgegebene Fahrzeitverkürzung um 52 Minuten zwischen Zürich und Lugano hingegen kann mit konventionellen Zügen erreicht werden. Damit wird diese Fahrt noch 1 Stunde und 50 Minuten dauern. Zweiter Grund für den Verzicht auf Neigezüge: Nach den diversen Cisalpino-Pannen sind die SBB ein gebranntes Kind. Sie wollen weniger technische Risiken und dafür mehr Stabilität im Fahrplan.

Die ersten neuen Züge sollen mit der Inbetriebnahme des Gotthard-Basistunnels ab dem Fahrplanwechsel Ende 2016 verkehren, die ganze Serie schliesslich ab Ende 2019. Die neuen Kompositionen werden die über den Gotthard verkehrenden pannenanfälligen Cisalpino-Züge der ersten Generation (ETR 470) ersetzen. Die Cisalpino-Züge nehmen die SBB aber bereits Ende 2014 aus dem Fahrplan. Ein Übergangskonzept kommt danach zum Zug. (SDA)